

# Marbach

## Aktuell

Informationen aus dem Ortsbeirat  
und der Gemeindevertretung



Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
Beratungen und Entscheidungen im Ortsbeirat und in der Gemeindevertretung berühren die Bürgerinnen und Bürger sehr konkret. Mit diesen Informationen wollen wir einen Beitrag zu mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung leisten.

### Erneut Debatte über freie Baugrundstücke der Gemeinde

Im neuen Baugebiet in Marbach sind auf Beschluss des Ortsbeirates und der Gemeindevertretung 13 Bauplätze nicht vergeben worden. Sie sollen erst ab November 2022 angeboten werden. Allerdings gibt es bereits jetzt vereinzelt Anfragen zum Kauf von Grundstücken bei der Gemeinde. Deshalb wird die Debatte über eine frühere Vergabe erneut geführt.

Da die Vergaberichtlinien der Gemeinde für diese Puffergrundstücke nicht eindeutig sind, werden sie nach Aussage von Bürgermeister Froß überarbeitet. Wir teilen die Auffassung, dass hier für mehr Klarheit gesorgt werden muss. Außerdem haben wir eine Warteliste für Interessenten vorgeschlagen, damit sie informiert werden können, wenn wieder Grundstücke von der Gemeinde zum Kauf angeboten werden.

Wir hoffen, dass der Gemeindevorstand in der nächsten Gemeindevertreterversammlung eine entsprechende Vorlage einbringt.

### Fußweg zum Tegut

Im Zusammenhang mit der Schaffung zusätzlicher Parkplätze durch den neuen Eigentümer der Tennishalle hat der Ortsbeirat nun einstimmig die Gemeinde gebeten, den Fußweg zum Tegut-Markt mit Pflaster oder einer Teerdecke zu versehen. Auch sprach sich der Ortsbeirat für die Aufstellung einer Bank im Bereich Steinweg bzw. Josef-Damian-Schmitt Straße aus.

Im Bereich der Zufahrt zum neuen Baugebiet am oberen Himmelsacker befindet sich eine 90 Grad Kurve. Der Ortsbeirat bittet die Gemeinde zu prüfen, ob in der Kurve ein Verkehrsspiegel angebracht werden kann.

### Was wird aus dem alten Kindergarten in Marbach?

Bis heute hat die Gemeinde noch keine Position zur Verwendung des alten Kindergartens bezogen. Auf unsere Anfrage in der Aprilsitzung der Gemeindevertretung antwortete der Bürgermeister, man habe im Zusammenhang mit dem Kauf des neuen Kindergartengeländes noch nicht mit dem Eigentümer über die Verwendung des alten Kindergartens und des Jugendheimes gesprochen. Bis heute hat der Bürgermeister weder den Ortsbeirat noch die Gemeindevertretung über seine Initiativen zur weiteren Nutzung des alten Kindergartens und des Jugendheimes informiert.

Allein die Tatsache, dass die Gemeinde einen Vertrag zum neuen Kindergarten abgeschlossen hat, ohne die weitere Nutzung des alten Kindergartens und des Jugendheimes zu regeln, ist aus unserer Sicht nicht nachzuvollziehen.

Der alte Kindergarten und das Jugendheim wurden in der Vergangenheit mit erheblichen Mitteln der Gemeinde unterhalten, instandgehalten bzw. renoviert und von den Kindern und Jugendlichen der Gemeinde regelmäßig genutzt. Es stellt sich nun die Frage, ob und in welcher Funktion die Gebäude weiter durch die Gemeinde genutzt werden können.

Auch darüber, welche Vereinbarungen in dem Vertrag zum neuen Kindergarten getroffen wurden und welche finanziellen und sonstige Verpflichtungen die Gemeinde hierbei eingegangen ist, ist nichts bekannt. Zur Klärung dieser Sachverhalte und möglicher Optionen ist es für die Fraktion Die Linke. Offene Liste unumgänglich, sich durch Akteneinsicht selbst ein auf Fakten beruhendes Bild von den vertraglichen Gegebenheiten sowie von den in der Vergangenheit eingegangenen finanziellen Verpflichtungen der Gemeinde zu machen.



## Senioreneinrichtungen in den Ortsteilen

Unser Antrag, dass der Gemeindevorstand prüfen soll, ob in Ortsteilen der Gemeinde Einrichtungen zur Seniorenbetreuung eingerichtet werden können, wurde von der CDU und der CWE abgelehnt.

Immer mehr ältere Bürger benötigen Hilfe und Betreuung in sehr unterschiedlichem Umfang. Viele wollen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben. Es sollte geprüft werden, wie hoch und in welchem Umfang in den Ortsteilen Bedarf für Senioreneinrichtungen vorhanden ist und welche Einrichtungen mit welchen Angeboten diesen abdecken können.

Das Bundesseniorenministerium will der Einsamkeit im Alter begegnen. Deshalb gibt es Bundesprogramme, die die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen, z.B. durch die Förderung von Mehrgenerationenhäusern, sowie den nationalen Wettbewerb.

## Einsam? Zweisam? Gemeinsam!

Bei Menschen, die über 80 Jahre alt sind, erhöht sich das Risiko einer sozialen Isolation deutlich, besonders wenn multiple Problemlagen dazu kommen, die Einsamkeit und soziale Isolation begünstigen oder auslösen können. Dazu gehören zum Beispiel Schicksalsschläge, Erkrankungen, abnehmende körperliche Mobilität, mangelnde Mobilitätsangebote, zunehmende Altersarmut oder Migrationshintergrund. Betroffene brauchen daher Unterstützung, um aus ihrer Vereinsamung und aus sozialer Isolation herauszufinden. Einsamkeit zu verhindern, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Warum sich CDU und CWE dieser Aufgabe verweigern, bleibt ihr Geheimnis.

## Aus für Straßenbeiträge

Rückwirkend zum 07. Juni 2018 hat die Gemeinde die Straßenbeitragssatzung aufgehoben. Marbacher Bürgerinnen und Bürger, die bereits im letzten Jahr durch ein Schreiben der Gemeinde informiert worden waren, dass sie sich an den Kosten zur Erneuerung der Straßenlampen beteiligen müssen, wurden jetzt über den Beschluss der Gemeindevertretung schriftlich informiert. Sie werden nicht mehr an den Kosten beteiligt.

Petersberg ist nach Hünfeld die zweite Gemeinde im Landkreis Fulda, die Straßenbeiträge abgeschafft hat. In Fulda sollen sie zum 01. Januar 2020 wegfallen. Auch in Künzell zeichnet sich die Abschaffung der Straßenbeiträge ab.

Leider lehnt die schwarz/grüne Landesregierung in Wiesbaden nach wie vor die landesweite Abschaffung der Straßenbeiträge ab. Auch eine ausreichende Finanzierung der ländlichen Kommunen lehnt sie ab. Sollte die Landesregierung bei ihrer Haltung bleiben, wird es für die kleineren Kommunen in unserem Landkreis schwer, die Straßenbeiträge abzuschaffen. An dieser Stelle möchten wir allen engagierten Bürgern, insbesondere den Mitgliedern der Bürgerinitiative, zu ihrem Erfolg gratulieren. Denn ohne ihre vielfältigen Initiativen zum Aussetzen der Beitragsbescheide, eine Mahnwache, viele Kundgebungen und Pressemitteilungen hätte sich die CDU wohl nicht so „schnell“ bewegt.

Während die Beiträge für eine grundhafte Sanierung nun nicht mehr erhoben werden, bleibt es bei einer erstmaligen Erschließung einer Gemeindestraße bei der Erhebung von Beiträgen. Die Beibehaltung der Erschließungsbeitragssatzung ist unstrittig. Sie kommt nur bei der erstmaligen Erschließung von Grundstücken zur Anwendung.

Fraktion Die Linke. Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg  
und im Ortsbeirat Marbach

Vorsitzender: Michael Wahl, Kirschgrund 3, 36100 Petersberg